

Herrn Präsident  
 Ing. Josef Herk  
 Wirtschaftskammer Steiermark  
 Körblergasse 111-113  
 8021 Graz

Graz, im Oktober 2011

## A N T R A G

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Steiermark  
**am 17. November 2011**

### „Basel III“

Auf Europäischer Ebene wird fleißig daran gearbeitet, die Basel III Bestimmungen in eine EU-Richtlinie oder EU-Verordnung zu gießen. Aber auch auf nationaler Ebene wird an der Umsetzung der Basel III Regulative gearbeitet. Die Aussichten für die heimischen KMU sind dabei wenig rosig. Es wird in vielen Bereichen einen massiven Einschnitt in die Finanzierung der KMU geben.

In den kommenden Jahren wird eine entscheidende Frage sein, wie geht es mit der Finanzierung der heimischen KMU weiter. An die 98 % der österreichischen Klein- und Mittelbetriebe sind bankenabhängig bzw. finanzieren ihren Geldmittelbedarf über Bankkredite. Durch diese hohe Bankenkreditfinanzierung ist Österreich in Hinblick auf Basel III besonders von deren Reglement betroffen bzw. abhängig.

Zahlreiche namhafte Experten befürchten nicht nur einen enormen Liquiditätsmangel bei den KMU sondern auch ein erhebliches Finanzierungsproblem für Investitionen. Darüber hinaus wird eine deutliche Konjunkturbremse prognostiziert. Eine umfangreiche IHS-Studie zu den Basel III Vorschlägen zeigt die Gefahren auf. Die kurz- bis mittelfristigen makroökonomischen Effekte sind: Eine bis zu 20%ige Reduktion des Kreditvolumens, als langfristiger makroökonomischer Effekt bleibt Produktivität und Beschäftigung zurück.

Die niedrigere Produktion bewirkt auch ein Sinken der Beschäftigung. Dies in Kombination mit den sinkenden Einkommen pro Beschäftigtem hat weiters eine Reduktion des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und damit des realen privaten Konsums zur Folge.

Im Namen der Delegierten des RFW-Steiermark stellen wir daher folgenden

### A N T R A G :

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Steiermark möge beschließen:

Die Organe der Wirtschaftskammer Steiermark werden aufgefordert, sich bei den zuständigen Ministern der Bundesregierung und den zuständigen Organen der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass die Basel III Bestimmungen zu keinen weiteren existentiellen Nachteilen und Finanzierungsschwernissen für die KMU führen.

Ing. Hermann Freitag  
 (WP-Delegierter)

Dr. Erich Schoklitsch  
 (Landesobmann)